

Wichtige Rolle der Gemeinden

Gastkommentar

von JÖRG KÜNDIG

«Die Gemeinden sind wichtige Pfeiler unseres föderalistischen Staatswesens», so lautet eine häufig gehörte Feststellung. Unterstrichen wird dieses Verständnis durch die Bundesverfassung, dort ist festgehalten, dass die Gemeindeautonomie nach Massgabe des kantonalen Rechtes gewährleistet sein soll und dass der Bund bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden betrachte. Auch die Verfassung des Kantons Zürich bildet diesen Grundsatz gleich mehrfach ab. So wird hier ausdrücklich festgehalten, dass der Kanton mit den Gemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund zusammenarbeite. Wie wichtig dem Souverän die Gemeinden sind, zeigt das ebenfalls in Art. 33 der kantonalen Verfassung enthaltene sogenannte Gemeindereferendum. Zwölf Gemeinden, die Stadt Zürich oder die Stadt Winterthur können verlangen, dass eine Gesetzesvorlage dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird.

Grundsätzlich gilt in der Schweiz das Subsidiaritätsmodell. Dieses besagt, die jeweils obere staatliche Ebene solle nur das tun, was die untere nicht könne. Dies entspricht aber immer weniger der Realität. Natürlich ist anzustreben, die Aufgaben zu entflechten und deren abschliessende Erledigung einer der drei Staatsebenen zuzuordnen. Viele der gegenwärtigen Herausforderungen, zu nennen seien da beispielsweise die Gesundheitsversorgung oder die Ergänzungsleistungen, aber auch die Frage der Integration sind jedoch weder vom Bund noch vom Kanton oder von den Gemeinden allein zu bewältigen. Vielmehr handelt es sich bei einer grossen Zahl um eigentliche Verbundaufgaben, die nur gemeinsam erfolgreich gestaltet werden können.

Eine solche Zusammenarbeit bedeutet aber nicht nur das Ausrichten auf ein gemeinsames Ziel, sondern bedingt auch eine

Einigkeit bezüglich der auf jeder Staatsebene einzusetzenden sachlichen, personellen und auch finanziellen Ressourcen. Während im ersten Teil eine Übereinstimmung noch vergleichsweise einfach zu erreichen ist, dürfte der zweite Teil deutlich mehr Schwierigkeiten bereiten. Die gegenwärtigen Diskussionen zu Themen wie Soziallasten, Gesundheitskosten, Sparpaketen oder auch Steuerreformen sind dafür exemplarisch.

Vielfach geht es darum, welche staatliche Ebene anordnet, welche mit der Erfüllungspflicht beauftragt wird und schliesslich wie die Aufteilung der resultierenden finanziellen Verpflichtungen aussieht. Dabei steht die frühere scheinbare Selbstverständlichkeit, dass Problemlösungen der untersten Staatsebene übertragen werden, auf dem Prüfstand. Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung wären die zugehörigen und damit unbedingt zu berücksichtigenden Maximen. Zu einfach war und ist es, Probleme nicht anzupacken, sondern die Lösungsfindung zu delegieren. Diese Vorgehensweise mit dem Hinweis zu rechtfertigen, es zahle ja schliesslich immer der gleiche Steuerzahler die Zeche, zeigt, dass die Idee von Verbundaufgaben und der gemeinsamen Aufgabenerledigung noch nicht wirklich verstanden worden ist.

Der Politikwissenschaftler Adrian Vatter schrieb 2014 in einem Essay: «Trotzdem handelt es sich bei den Gemeinden nicht um reine Vollzugsorgane, sondern um politisch eigenständig handelnde und historisch gewachsene Einheiten mit beträchtlichen Kompetenzen in einzelnen Politikfeldern und einem starken Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung.» Die eingangs erwähnten Voraussetzungen sind für die Gemeinden beziehungsweise deren Vertreterinnen und Vertreter Quelle eines neuen Selbstbewusstseins. Dass sie oftmals mit einer Abwehrhaltung aus der Defensive heraus argumentieren und in Erscheinung treten, ist nicht nur Zeugnis dafür, dass sie gewillt sind, diese starke Rolle auch tatsächlich wahrzunehmen, sondern zeigt auch auf, dass die gelebten Prozesse den gedachten Ideen der Zusammenarbeit der drei Staatsebenen bei der Bewältigung der anstehenden Verbundaufgaben noch zu wenig Rechnung tragen. Sicher ist: Die Gemeinden sind keine *Quantité négligeable*, und das ist gut so.

Jörg Küdig präsidiert den Gemeindepräsidentenverband Kanton Zürich.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.